



Deutschlands und Europas Sicherheit in Zeiten von Donald Trump

Rüdiger Freiherr v. Fritsch, Botschafter a.D.

Man sah den Zug ja kommen. Vier Jahre lang war eine Wiederwahl Donald Trumps eine sehr reale Möglichkeit. Haben wir Deutsche, wir Europäer uns darauf eingestellt? Möglicherweise im Bereich der Handelspolitik, in dem die Mitgliedstaaten der EU ihre Zuständigkeit an die Kommission übertragen haben. Doch nicht im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – und **ohne Sicherheit ist bekanntlich alles nichts**. Hier sind wir Europäer nicht sehr viel weiter als zum Zeitpunkt von Trumps unrühmlichen Abgang 2021.

Die erste Zeitenwende

Der ersten fundamentalen Herausforderung der europäischen Sicherheit seit langem, jener durch Wladimir Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, sind

wir erfolgreicher begegnet, als viele für möglich gehalten hatten: In bald drei Jahren ist es einer der größten Militärmächte der Welt nicht gelungen, ihre Kriegsziele zu erreichen, weil wir nicht nur entschlossen, sondern auch geschlossen gehandelt haben. Bei – weiter konsequenter und verbesserter – Fortsetzung unserer Politik wären die Chancen real, Wladimir Putins Aggression zu beenden. Denn wir stellen uns ihr ja nicht allein durch die tatkräftige Unterstützung der Ukraine entgegen, sondern auch durch die substanzielle Beschneidung des russischen finanziellen und wirtschaftlichen Handlungsspielraums. Die Effekte sind weit größer, als viele zu wissen scheinen, die gerne den saloppen Satz hinwerfen: „Aber die Sanktionen bringen doch nichts“. Auf diesem Wege kann es gelingen, den russischen Machthaber über kurz oder lang an die Grenzen seiner Möglichkeiten zu bringen. Denn er muss ja nicht allein einen enorm kostspieligen Krieg finanzieren, sondern sich auch beständig die Unterstützung der Bevölkerung erkaufen. Er weiß, dass seine Macht gefährdet wäre, sollte ihm das nicht länger zuverlässig gelingen. Das Zarenreich ist am Ende in sich zusammengestürzt, weil 1917 in Petrograd, dem heutigen St. Petersburg, die Frauen wegen der Brotpreise auf die Straße gingen. Eine solche Entwicklung fürchtet auch Russlands Präsident. Deswegen ist er so repressiv. Und an dem Punkt, an dem seine Macht gefährdet sein könnte, ist er verhandlungsbereit. Das ist seine Logik, und in dieser kann es gelingen, den Krieg so zu beenden, dass die Ukraine in der Lage ist, ihre Zukunft souverän, selbst und in Freiheit zu bestimmen.

Die zweite Zeitenwende

Doch über eine solche Politik muss inzwischen im Konjunktiv gesprochen werden. Denn mit der Wahl Donald Trumps



Foto: Passauer Neue Presse

ist uns eine zweite, fundamentale Herausforderung unserer Sicherheit erwachsen. Den Krieg in der Ukraine will Amerikas künftiger Präsident, ausweislich seiner eigenen Aussagen und denen seiner Berater, zu Lasten der Ukraine beenden. Und somit auch zu Lasten unserer Sicherheit. Denn ein Ausgang des Krieges, der Wladimir Putin zeigt, dass die rücksichtslose Anwendung von Gewalt sich lohnt, wird ihn in seiner Annahme ermutigen, dass diese Methode auch in Zukunft der geeignete Weg sein könnte, seine großrussisch-imperialen Ziele zu verfolgen. Doch damit nicht genug: Donald Trump hat ja überdies deutlich gemacht, dass er die Sicherheit der Europäer insgesamt weitgehend als deren eigene Angelegenheit ansieht. Er werde „Russland ermutigen“ so sagte er im Wahlkampf, mit aus seiner Sicht säumigen NATO-Partnern zu tun „was zur Hölle immer es tun will.“ Verteidigen werde er sie jedenfalls nicht. Was säumig ist, wird dabei er bestimmen – und, wie wir inzwischen wissen, auf weit mehr als 2 % des BIP für Verteidigungsausgaben bestehen.

Das kann uns Europäer innerhalb kurzer Zeit vor enorme Probleme stellen. Unsere mangelnde eigene Handlungsfähigkeit im Bereich der Außen- und

INHALT

Namensartikel

- Deutschlands und Europas Sicherheit in Zeiten von Donald Trump
Rüdiger Freiherr v. Fritsch, Botschafter a.D.

Meine Meinung

- Das Heer im dritten Jahr der Zeitenwende:
Ein Zwischenfazit
Jens Lehmann MdB

Aus dem Heer

- „Fight tonight“ – Kriegstüchtigkeit des Deutschen Heeres im Spannungsfeld zwischen derzeitiger und zukünftiger Bedrohungslage
Generalleutnant Harald Gante, Kommandeur Feldheer im Kommando Heer in Strausberg

Medien

- Desinformation im Kampf um das geopolitische Vorfeld: Russland und China im Vergleich
Dr. Christian Hübenthal, Lagebild.media

Aus dem Heer

- Die „Zeitenwende“ in der Munitionsversorgung der Streitkräfte
Oberstleutnant André Buthmann,
10. PzDiv, G4 Abt, MatBew

Aus dem FKH

- FKH-Jahresprogramm 2025

Sicherheitspolitik, einschließlich eigener Abschreckungsfähigkeit, ist unsere Achillesferse. Dies darf nicht so bleiben – nicht um die NATO zu ersetzen, sie ist und bleibt ein hervorragendes und funktionierendes Bündnis. Aber um in der Lage zu sein, uns gegebenenfalls auch aus eigener Kraft schützen zu können.

Die leidige Einstimmigkeit

Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähig zu machen, ist seit Jahren ein ehrgeiziges Unterfangen. Sich Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen oder gar Zuständigkeiten ganz abzutreten – wie es eben bei der Übertragung der Handelspolitik an die EU-Kommission geschehen ist – berührt

um die weitere Unterstützung der Ukraine und um Europas Sicherheit nach den Wahlen in den USA und um gemeinsame Verteidigungsausgaben, Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion und darum, einen konkreten Fahrplan für ein Europa der Verteidigung zu entwickeln. Ein solches Vorgehen ist dann gut und erfolgversprechend, wenn es stets die Interessen aller – auch der einstweilen nicht beteiligten – Europäer im Blick behält.

Es ist nicht so, dass wir Europäer die anstehenden Herausforderung nicht bewältigen könnten. Dazu gehört auch, zu priorisieren, was uns wichtig ist. In den siebziger Jahren gab Deutschland zeitweise dreieinhalb Prozent seines BIP für Sicherheit aus, und das zu Zeiten

scheint das in Berlin (bei Regierung wie Opposition) nicht wirklich geführt zu haben. Legte der französische Präsident, wie wiederholt in der Vergangenheit, ambitionierte Vorschläge zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik vor, schaute man in Berlin zumeist etwas verlegen zur Seite. Gegenvorschläge oder vergleichbare eigene, weitreichende Ideen blieben aus. Möglicherweise um nicht jenseits des Atlantiks den Eindruck zu erwecken, man glaube, die Demokraten könnten die nächste Präsidentschaftswahl in den USA verlieren. Gerade in Washington dürfte man für solche Samthandschuhe kein Verständnis haben – strategisch denken heißt schließlich, keine Option außer Betracht zu lassen.

Dazu gehört im Übrigen auch die Abschreckungsfähigkeit der Europäer. Nicht verwunderlich, dass dies zu Emmanuel Macrons Sorgen gehört und er den – natürlich französisch gefärbten – Vorschlag unterbreitete, das französische Nukleararsenal in eine gemeinsame europäische Verteidigungsstrategie einzubinden. Angesichts der Ungewissheit über den weiteren Weg der USA sollten wir bereit sein, bei diesem unbestritten komplexen und schwierigen Thema ins Gespräch zu kommen, um auf Eventualitäten vorbereitet zu sein. Die nuklearen Fähigkeiten Frankreichs (oder auch Großbritanniens) können jene der USA nicht annähernd ersetzen, aber sie können, wenn sie Teil einer gemeinsamen europäischen Strategie sind, zur Glaubwürdigkeit der Abschreckung eines auf sich gestellten Europas beitragen.

Versäultes Deutschland

Die erstmalige Vorlage einer nationalen Sicherheitsstrategie hat eine strukturelle Schwäche unserer strategischen Handlungsfähigkeit nicht beseitigt: seine „Versäulung“: Es wird nicht zusammengefügt, was die einzelnen Ressorts der Bundesregierung im internationalen Bereich an Zielen und Politiken verfolgen. Jedes größere Ministerium hat seinen eigenen Planungsstab, für ein koordiniertes Vorgehen fehlt es an institutioneller Voraussetzung. Das Auswärtige Amt, das Umweltministerium, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Verteidigungsministerium oder das Wirtschaftsministerium – jedes Ressort arbeitet für sich. Versäulung zu beenden bedeutet nicht, dem Bundeskanzler, dessen Position

Quelle: adobe-stock-photos (modifiziert)



Wie werden sich die Beziehungen zu Europa mit der neuen US-Regierung entwickeln?

den Kern nationalen Selbstverständnisses. Doch das Prinzip der Einstimmigkeit führt eben dazu, dass ein Quertreiber alles blockieren kann.

Russlands Krieg hat uns jedoch drastisch vor Augen geführt, wie dringend notwendig es wäre, mit einer Stimme sprechen und aus einer Hand handeln zu können. Die Absichten Donald Trumps, die wir sehr ernst nehmen sollten, werden den Druck erhöhen, hier tatsächlich voranzukommen. Die Frage ist, ob dies die Herren Orban und Fico beeindrucken wird. Solange nicht alle mitziehen mögen, ist es daher einstweilen eine gute zweitbeste Option, starke Handlungskerne kooperationsbereiter europäischer Staaten zu bilden – nicht nur von EU-Mitgliedern. Ein gutes Beispiel hierfür waren die Treffen der Verteidigungsminister Deutschlands, Frankreichs, Polens, Italiens und des Vereinigten Königreichs im vergangenen November in Berlin und der Außenminister jener Länder in Warschau. Dabei ging es

erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der Transformation, einer ersten Energiekrise und großer internationaler Spannungen. Der Unterschied zu damals: Wir handelten in enger Partnerschaft mit den USA.

Deutschland muss strategiefähig werden

Für uns Deutsche bedeutet all dies, nicht allein unsere Verteidigungsfähigkeit materiell besser zu gewährleisten, sondern vor allem auch: strategiefähig zu werden. Global, strategisch zu denken hat in Deutschland keine Tradition mehr – vielen klingt das noch immer zu sehr nach Macht und Großmacht. In mehr als siebzig Jahren des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland hat es nie eine „nationale Sicherheitsstrategie“ gegeben, die alle relevanten Fragen zugleich in den Blick genommen hätte.

Seit 2023 liegt eine solche nun vor. Doch zu einem wirklichen Mentalitätswandel

Das Heer im dritten Jahr der Zeitenwende: Ein Zwischenfazit

Jens Lehmann MdB ist Mitglied im Verteidigungsausschuss und Berichterstatter für das Heer der CDU/CSU Fraktion



Quelle: Stella von Säldern

Die Zeitenwende war eine sicherheitspolitische Kurskorrektur, die angesichts der veränderten geopolitischen Lage, insbesondere durch den Angriff Russlands auf die Ukraine, zwingend notwendig war. Doch wo stehen die Bundeswehr und das Heer heute? Haben wir die gesteckten Ziele erreicht und sind die Methoden und eingesetzten Mittel geeignet, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands nachhaltig zu stärken? Oder anders gefragt: **Wie blank ist das Heer?**

Der angestrebte Zulauf an Gefechtsfahrzeugen, modernen Kommunikationssystemen und eine bessere persönliche Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten sind auch für das Heer Zeichen eines Fortschritts. Doch die bisherigen Maßnahmen reichen bei Weitem nicht aus, um die Bundeswehr in den nötigen Zustand der Einsatzbereitschaft und Kriegstüchtigkeit zu versetzen.

Die Frage, ob die aufgewendeten Mittel ausreichen, um die Ziele bis 2029 zu erreichen, muss generell kritisch betrachtet werden. Auch sollten Vorhaben hinterfragt werden, die teilweise erst in den 2030er Jahren die Truppe erreichen werden. Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro war ein wichtiger Schritt, doch reicht es weder aus, um die notwendigen Beschaffungen zu realisieren und schon gar nicht für den Betrieb und Erhalt des neuen Materials. Das liegt auch daran, dass die Verfahren der Priorisierung und der streitkräftegemeinsamen Entscheidungsfindung in den nach wie vor nur unzureichend veränderten Strukturen der Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung nicht überzeugen. Ich frage mich, warum nicht endlich

grundlegend über die Einführung eines Generalstabes und die Trennung von Artikel 87 a und b entschieden wird. Es geht eben nicht darum, ob wir 2%, 3% oder gar 5% des Bruttoinlandsprodukts investieren. Entscheidend ist, dass wir verlässlich **ausreichend** Mittel bereitstellen, um unsere Verteidigungsfähigkeit im Bündnis nachhaltig zu stärken.

Dabei ist es nicht allein eine Frage des Geldes, sondern eben auch der richtigen Verwendung.

Obwohl allgemein anerkannt ist, dass autonome Systeme ein wesentlicher Bestandteil moderner Kriegsführung sind, fehlt uns in Deutschland die notwendige Dynamik in der Beschaffung – schnell und in großer Stückzahl. Der aktuelle Beschaffungsprozess ist zu langsam, zu bürokratisch und nicht auf die sicherheitspolitischen Realitäten ausgerichtet.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Bundeswehr und das Heer so auszustatten, dass sie in einem Kampf bestehen können. Das bedeutet die konsequente Ausrichtung auf die Bedrohungsszenarien. Cyberabwehr, Drohnen und elektronische Kampfführung sind hier zentrale Forderungen. Wir dürfen uns nicht länger mit kosmetischen Verbesserungen zufriedengeben. Es braucht einen grundsätzlichen Organisations- und Mentalitätswechsel.

Bei aller Diskussion um Geld und Waffensysteme kommt das wichtigste Element von Kampf in der Diskussion zu kurz, die Verfügbarkeit kampfbereiter Soldatinnen und Soldaten in ausreichender Zahl und Qualität. Neben den

Rahmenbedingungen von Regeneration gilt es hier, die Wehrfähigkeit unserer Gesellschaft und die Pfeiler der zivilen Verteidigung massiv zu stärken. Nur durch ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr wird es uns gelingen, Einstellungen zu verändern, Anerkennung und persönliche Betroffenheit zu schaffen. Nicht mehr einsatzfähige Soldatinnen und Soldaten sind verlässlich und abgesichert durch die Gesellschaft in anderen Bereichen aufzunehmen. Die Bundeswehr muss endlich in die Lage versetzt werden, schnell, robust und flexibel auf Bedrohungen reagieren zu können und eine Führungsrolle in und für Europa wahrzunehmen. In der Truppe vor Ort hat sich nach meinem Eindruck seit 2022 nicht viel geändert, die Sorgen vor der Zukunft sind groß. Die Brigade in Litauen und die Aufstellung einer Division für den Heimatschutz werden dem Heer zusätzlich viel abverlangen.

Es braucht eben viel mehr als 100 Milliarden. Vor allem braucht es langfristige Verlässlichkeit und politische Führung. Die Zeitenwende darf in der Zukunft nicht bloß ein Lippenbekenntnis sein. Sie muss mit Nachdruck und Konsequenz umgesetzt werden. Wir brauchen eine Bundeswehr, die stark, modern und abschreckungsfähig ist. Nur so können wir den Frieden sichern und unsere Freiheit verteidigen. Es ist höchste Zeit, überparteilich unsere sicherheitspolitischen Hausaufgaben zu machen und gemeinsam die richtigen Prioritäten für die Bundeswehr und Deutschland zu setzen.

ohnehin stark ist, weitere Kompetenzen oder Machtbefugnisse zuzuweisen. Doch es bedarf einer klaren Vorgabe und einer einheitlichen Strategie bei der Umsetzung der internationalen Politik, die für jedes Ressort in seiner Zuständigkeit bindend ist. Eine einheitliche Strategie sollte im Übrigen nicht nur Leitlinie für die Arbeit von Ministerien sein. Kaum ein Land verfügt über so viele – und so gute – Instrumente außenpolitischen Handelns wie Deutschland, sei es nun der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ, das Goethe-Institut oder das Agieren der Bundesländer im Ausland. Sie alle arbeiten mit Steuergeldern. Es würde ihre Unabhängigkeit nicht einschränken, wenn sie mehr an einem Strang zögen und nicht, wie so oft, in ihrem besonderen Interessenfeld vor sich hin puzzelten.

Die strategische Ausrichtung unserer internationalen Politik ließe sich mit Hilfe eines starken nationalen Sicherheitsrates gewährleisten. Die bisherige Bundesregierung hatte sich vorgenommen, einen solchen zu schaffen – das Projekt scheiterte: am Kompetenzgerangel. In Zeiten multipler, miteinander verflochtener Herausforderungen wurde eine Frage nationaler strategischer Handlungsfähigkeit Opfer des Streites um Zuständigkeiten. Unser Land hat Besseres verdient.

In einem solchen Gremium könnten die grundlegenden Herausforderungen der internationalen Politik analysiert, unsere Abhängigkeiten und strategischen Verwundbarkeiten definiert werden. Darauf aufbauend sollten für das Parlament und die Regierung Strategien und Handlungsvorschläge erarbeitet werden, die mit denen unserer beiden wichtigsten Bündnisse, der Europäischen Union und der NATO, abgestimmt, gemeinsam beschlossen und dann kohärent umgesetzt werden sollten.

Deutsche Führung?

Besonders heftig wird bei uns darüber debattiert, wie viel „Führung“ unser Land übernehmen sollte. Wir zucken bei diesem Begriff instinktiv zusammen. Es lohnt ein Blick von außen, denn viele unserer Nachbarn haben eine andere Wahrnehmung von Deutschland als wir selbst. „Aufgrund Ihrer Größe und Ihrer Geschichte tragen Sie eine besondere Verantwortung für die Bewahrung von Frieden und Demokratie auf dem Kontinent. Und ich verlange von Deutschland, dass Sie um Ihrer selbst willen und um unseretwillen dazu beitragen, dass er überlebt und gedeiht. Sie wissen genau, dass niemand sonst das tun kann ... Ich fürchte die deutsche Macht weniger, als ich anfangs, die deutsche Untätigkeit zu fürchten. Sie sind zur unentbehrlichen Nation in Europa geworden. Sie dürfen es nicht versäumen zu führen. Nicht um zu dominieren, sondern um Reformen anzuführen. Vorausgesetzt, Sie beziehen uns in die Entscheidungsfindung ein, [werden wir] Sie unterstützen.“

Dies sind die Worte ausgerechnet eines polnischen Außenministers. Radek Sikorski war es, der in dieser Eindringlichkeit bereits 2011 während seiner ersten Amtszeit an uns appellierte.

Es ist ja richtig, sich nicht ständig selbst auf die Schulter zu klopfen. Aber der Blick von außen zeigt, dass wir in Vielem besser sind, als wir meinen, und die Erwartungen an uns höher, als wir denken. Wir sollten ihnen gerecht werden und dabei, noch einmal, stets die eine unabdingbare Voraussetzung im Kopf haben, unsere Partner miteinzubeziehen.

Konfrontation gestalten

Bei der Gestaltung autonomer europäischer Verteidigungsfähigkeit sollten wir alles tun, die transatlantischen Bande zu

erhalten, auch wenn die USA auf absehbare Zeit ein schwieriger Partner werden könnten. Doch sie teilen grundsätzlich unsere Werte und Vorstellungen und könnten eines Tages wieder bereit sein, Sicherheit mit uns gemeinsam zu definieren. Mit Russland wird solches auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Wladimir Putin zielt auf uns und unsere Freiheit. Ihm darf es nicht gelingen, Europa wieder in Einflussphären und Pufferzonen einzuteilen, die in der Geschichte stets zu den Trampelpfaden der Armeen wurden. Die Konfrontation, in die er uns geführt hat, müssen wir zugleich zu gestalten suchen und danach streben, aus bloßer Konfrontation zumindest geordnete Konfrontation zu machen, so wie uns dies in den siebziger Jahren erfolgreich gelungen ist: Sicherheit durch Verabredungen, die zugleich gewährleisten, dass Moskau nicht erneut der Versuchung erliegt, aggressiv zu agieren. Und wir sollten nicht die handlungsleitende Hoffnung verlieren, dass es uns mit einem anderen Russland eines fernerer Tages auch gelingen könnte, die Geschicke der Menschen und Staaten auf dieser eurasischen Landmasse gemeinsam zu gestalten.

Autor:

Rüdiger Freiherr von Fritsch war zuletzt, von 2014 – 2019, Botschafter Deutschlands in Moskau. Er studierte Geschichte und Germanistik und trat 1984 in den Auswärtigen Dienst ein. Auf erste Verwendungen u.a. in Warschau und an der deutschen EU-Vertretung in Brüssel folgte von 1999 bis 2004 die Leitung des Planungsstabes des Bundespräsidenten. Von 2004 bis 2007 war von Fritsch Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes. Im Anschluss leitete er die Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes und war ab 2010 erst deutscher Botschafter in Warschau und dann in Moskau.

Seit seinem Ruhestand veröffentlicht von Fritsch Analysen und Bücher zur internationalen Lage, insbesondere zu Russland und dem russischen Überfall auf die Ukraine und ist ein gesuchter Gesprächspartner der Medien. Von Fritsch ist Partner des geostrategischen Beratungsunternehmens Berlin Global Advisors und Berater von McKinsey & Company. Er ist ein Großneffe des Oberbefehlshabers des Heeres bis 1938, Werner Freiherr von Fritsch.

IMPRESSUM

Herausgeber: Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Büro Berlin: Behrenstraße 42, 10117 Berlin
Tel.: (030) 20165623

Büro Bonn: Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Tel.: (0228) 261071, Fax: (0228) 261078
E-Mail: fkhev@fkhev.de
Web: www.fkhev.de

Mit der Herausgabe beauftragt:

Mittler Report Verlag GmbH, Bonn
Ein Unternehmen der Gruppe Tamm Media
Redaktion: Wolfgang Gelpke, Christian Kanig
Anschrift: Beethovenallee 21, 53173 Bonn
Tel.: (0228) 3500873, Fax: (0228) 3500871.
E-Mail: W.Gelpke@Mittler-Report.de
Der Info-Brief Heer erscheint fünfmal im Jahr.
Abonnementpreis für Nichtmitglieder beim Förderkreis Deutsches Heer e.V. 20,- € p.a.
Bestellungen bei: Mittler Report Verlag GmbH, Beethovenallee 21, 53173 Bonn.
Copyright Mittler Report Verlag GmbH

AUS DEM HEER

„Fight tonight“ – Kriegstüchtigkeit des Deutschen Heeres im Spannungsfeld zwischen derzeitiger und zukünftiger Bedrohungslage

Generalleutnant Harald Gante ist Kommandeur Feldheer im Kommando Heer in Strausberg

Rahmenbedingungen und aktuelle Veränderungen

Mit dem Erscheinen der ersten Ausgabe des InfoBrief Heer im Jahr 2025 beginnt auch das vierte Kriegsjahr nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Die strategischen Rahmenbedingungen bleiben geprägt von diesem geostrategischen Kontext und erinnern uns täglich daran, dass Frieden, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit, sondern schützenswerte Güter sind. Diesen Schutz unserer Werte zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Streitkräfte und somit auch das Deutsche Heer eine entscheidende Rolle übernehmen. Deutschland ist ein kontinental geprägter Staat in Zentraleuropa und auch künftige Kriege werden hier im Schwerpunkt in der Dimension Land geführt. Die Aufstellung und Bereitstellung kriegstüchtiger und -tauglicher Landstreitkräfte ist somit die wesentliche Leistung, die es zu erfüllen gilt, um der Rolle zur Verteidigung unserer Werte gerecht zu werden.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine herrscht in der Politik und den Streitkräften Konsens darüber, dass die Bundeswehr schnellstmöglich wieder

vollumfänglich zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt werden muss. Die tatsächliche Verfügbarkeit schlagkräftiger, einsatzbereiter Streitkräfte ist dabei nicht nur Fundament für ein erfolgreiches Bestehen auf dem Gefechtsfeld, sondern auch das glaubwürdigste Mittel zur Abschreckung Russlands.

Dazu werden Prozesse kritisch hinterfragt und veraltete Strukturen, ohne Denkverbote, aufgebrochen, um Kohäsion, Kaltstart- und Durchsetzungsfähigkeit – und damit Kriegstüchtigkeit – zu erreichen. Das Zielbild Heer passt sich dynamisch den Forderungen an Landstreitkräfte im Krieg an. Die Aufstellung der Panzerbrigade 45 in Litauen beispielsweise erfolgt in außergewöhnlich hohem Tempo, neue persönliche Ausrüstung erreicht die Truppe, Rüstungsprojekte nehmen Fahrt auf und Ausbildungsgänge werden den absehbaren Notwendigkeiten flexibel angepasst.

Doch trotz des Erreichten steht die Frage im Raum, ob die Fortschritte vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Bedrohungslage schnell genug erfolgen? Mit Blick auf die aktuelle Situation in der Ukraine stehen die ukrainischen Streitkräfte unter permanentem Druck.



Quelle: Bundeswehr

Russland hat seine Kriegswirtschaft mobilisiert und die Annahme des zunehmenden Verschleißes russischer Ressourcen hat sich bisher als zu optimistisch erwiesen. Bereits in vier Jahren könnten die Rekonstitution und der Aufwuchs der russischen Streitkräfte abgeschlossen sein. Ein vollumfänglicher Angriff Russlands auf einen NATO-Staat könnte trotz anhaltender Bindung russischer Truppen im Ukrainekrieg bereits 2029 er-



Quelle: Bundeswehr/Marco Dorow

Während der Übung Grand Quadriga 2024 in Litauen üben Kräfte des Deutschen Heeres das hochmobile Gefecht der verbundenen Waffen.

folgen; eine begrenzte russische Aggression sogar jederzeit. Hierdurch könnte die politische Kohäsion der NATO ernsthaft gefährdet werden. Die Übernahme des Auftrages Division 2025 seit dem 1. Januar 2025 und die Bereitstellung von weiteren Kräften in höchster und hoher Einsatzbereitschaft durch das Deutsche Heer impliziert, dass wir im Auftrag gebunden sind – es kann jederzeit losgehen. Unsere Landstreitkräfte müssen folglich schneller an Kriegstüchtigkeit gewinnen. Wenn Russland uns angreifen will, wird es sicherlich nicht warten, bis wir mit unseren Bemühungen zur Wiedererlangung der Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung abgeschlossen haben. Daher müssen wir bereits heute ohne Einschränkungen einsatzbereit sein – **ready to fight tonight**.

Kriegsbild für den Kampf heute vs. Kriegsbild der Zukunft

Wie Mittel und Handlungsmöglichkeiten zur Erreichung dieses Ziels priorisiert und eingesetzt werden, hängt von der Bewertung ab, wie sich ein Krieg gestalten wird und vor allem, wann er geführt werden muss. Russland strebt nach Wiedererlangung eines Großmachtstatus auf Kosten seiner westlichen Nachbarn – ein Ziel, das nur über eine Auseinandersetzung mit der NATO zu erreichen sein wird. Wir werden bereits täglich mittels Cyberaktivitäten sowie Aufklärung gegnerischer Kräfte, aber auch Spionage, Sabotage und Desinformation angegriffen. Die scharfen Trennlinien unseres klassischen Verständnisses des Kontinuums von Frieden, Krise und Krieg verschwimmen zunehmend durch hybrides Vorgehen – eine konstante Auseinandersetzung ist die Folge. Diese Bewertungen und das daraus abzuleitende Kriegsbild bieten somit den Referenz- und Orientierungsrahmen für unser tägliches Handeln jetzt und mit Blick in die Zukunft.

Für eine ganzheitliche Betrachtung sind alle Facetten eines hypothetischen gegenwärtigen und zukünftigen Krieges einzubeziehen und für die Fähigkeits-, Struktur- und Doktrinentwicklung von Streitkräften zu operationalisieren. Aus der strategischen Vorausschau des Planungsamtes der Bundeswehr werden heute Kriegsbilder für die 2040er-Jahre abgeleitet. Dies ist in Anbetracht jahrelanger Beschaffungsvorgänge und jahrzehntelanger Nutzungszeiten eine wichtige Grundlage zur Konzeption, Auswahl und Priorisierung von Waffen-

systemen für zukunftsfeste Streitkräfte. Jedoch darf der Plan für zukunftsfeste Streitkräfte nicht der notwendigen Einsatzbereitschaft von Streitkräften im Hier und Jetzt zuwiderlaufen. Unter der derzeitigen Bedrohungslage und der knappen Zeit zur Herstellung unserer Kriegstüchtigkeit reicht es nicht mehr, das potentielle Gefechtsfeld der Zukunft zu analysieren und zur Priorisierung heranzuziehen. Vielmehr sind wir in Anbetracht der derzeitigen Bedrohungslage dazu angehalten, das derzeit zu erwartende Kriegsbild für die Zeit bis 2029 als Maßstab für unsere Priorisierungsentscheidungen anzulegen.

Herleitung des Kriegsbildes – Erkenntnisse aus dem Ukrainekrieg

Seit mehr als drei Jahren behauptet sich die Ukraine gegen die Invasion Russlands. Dabei zeigen uns die ukrainischen Soldaten fast täglich, wie Innovationsfähigkeit zu einer erfolgreichen Verteidigung beiträgt. Auf technologischer und doktrinärer Ebene beobachten wir kontinuierlich neue Entwicklungen und Anpassungen, aus denen wir Ableitungen treffen müssen. Aber auch Russland zeigt eine hohe Befähigung zum organisationalen Lernen und verfügt mittlerweile neben einer grundsätzlichen Robustheit über äußerst kampferprobte und flexible Streitkräfte. Um einen solchen Gegner glaubwürdig abschrecken zu können und – falls erforderlich – siegreich gegen ihn im Krieg zu bestehen, muss sich das Heer intensiv mit den Erscheinungsformen des Krieges in der

Ukraine auseinandersetzen – allerdings ohne diese Erkenntnisse pauschal als Blaupause für das eigene Kriegsbild heranzuziehen. Es bleibt zwar mittelfristig Ziel der NATO, den russischen Streitkräften so überlegen zu sein, dass sie einen Angriff bereits nach kurzer Zeit zurückwerfen kann, doch die Sicherheit, dass dies gelingt, gibt es nicht. Wir müssen uns, wie in der Ukraine, auf einen langwierigen Krieg einstellen. Dazu brauchen wir die Fähigkeiten, die Versorgung mehrerer Divisionen im Gefecht und zum Feldersatz über mehrere Jahre aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet auch, dass Produktionskapazitäten in Deutschland wieder aufwachsen müssen. Die Anpassung der Prozesse von Kosten- und Ressourcenoptimierung hin zu Kriegs- und Siegestauglichkeit muss uns gelingen.

Derzeit übernimmt Deutschland zusammen mit seinen Partnern in EU und NATO einen wichtigen Anteil für die Ausbildung des Feldersatzes der ukrainischen Streitkräfte. Wir selbst können uns nicht darauf verlassen, dass in Kriegszeiten andere Nationen die Kapazitäten haben, uns bei der Ausbildung des deutschen Feldersatzes zu unterstützen. Besonders kritisch wird die Phase zwischen dem Einsatz der aktiven Truppenteile des Heeres und dem Anlaufen eines Feldersatzwesens sein. Hier wird die Reserve als Brücke zwischen den aktiven Soldatinnen und Soldaten und den Ungedienten eine tragende Rolle spielen müssen. Selbst nach der Übernahme der taktischen Führung von Kräften des



Im Rahmen der Reorganisation der Bundeswehr übernimmt das Deutsche Heer 2025 die Aufgaben des Heimatschutzes und führt diese Kräfte in der neu aufzustellenden Heimatschutzdivision.

Quelle: Bundeswehr/Arme Wehrnach

Heeres durch die NATO werden zahlreiche Truppen in Deutschland verfügbar sein müssen, um den Aufmarsch von nationalen und multinationalen Großverbänden oder den Schutz kritischer Infrastruktur zu schützen. Dies berührt nicht nur die Aufstellung und Ausstattung der Kräfte des Heimatschutzes – ein Auftrag, den das Deutsche Heer mit Übernahme der Heimatschutzkräfte ab dem 1. April 2025 übernimmt – sondern es begründet auch einen Hauptauftrag des in 2025 aufzustellenden Land Component Command + (LCC+).

Ableitungen sind auch hinsichtlich kritischer Fähigkeitslücken zu treffen. Insbesondere in der Führungs- und Einsatzunterstützung, der Ausstattung mit unbemannten Systemen zur Gefechtsfeldbeobachtung und Wirkung, der Fähigkeit zur Flugabwehr im Nächstbereich inkl. der Drohnenabwehr sowie weitreichendem, indirektem Feuer müssen wir in diesem Jahr vorankommen. Darüber hinaus sehen wir, dass die Bedeutung von Quantität – also verfügbares Gerät in hoher Stückzahl – gegenüber Qualität – Spitzentechnologie in geringer Stückzahl – wieder zunimmt. Wir benötigen eine Vollausrüstung in der aktiven und der nichtaktiven Truppe und müssen gegebenenfalls noch mehr auf verfügbare Technik zurückgreifen. Das beste Gerät wird uns nichts nützen, wenn es der Truppe an Erfahrung im Umgang damit fehlt.

Zeit ist daher der kritische Faktor und die Verfügbarkeit der Waffensysteme in der Truppe der zugehörige Planungshorizont. Als Kommandeur des Feldheeres akzeptiere ich, dass nicht die jüngsten Innovationen für ein Rüstungsvorhaben berücksichtigt werden, wenn dafür das von der Truppe benötigte Material zügig und in hoher Stückzahl zuläuft. Denn es gibt durchaus pragmatische Lösungen, die durch den Rückgriff auf marktverfügbare Lösungen schnell Lücken schließen oder zumindest verringern können. Die Beschaffung weiterer Drohnen, die im heutigen Kriegsbild auf nahezu allen Führungsebenen des Deutschen Heeres verfügbar sein müssen, sollten sich nicht nur an unserem Beschaffungsprozess orientieren, sondern weiterhin auf marktverfügbare Produkte zurückgreifen.

Vorsicht ist hingegen bei Schlüssen geboten, die wir beispielsweise aus den befestigten russischen Stellungen und Sperrgürteln ziehen. Die Möglichkeiten der ukrainischen Streitkräfte zum freien Operieren sind dadurch stark einge-



Quelle: Bundeswehr/Lise Köster

Drohnen sind fester Bestandteil des heutigen Kriegsbilds und müssen auf nahezu allen Führungsebenen des Deutschen Heeres verfügbar sein.

schränkt. Diese Beobachtung darf nicht zwangsläufig dazu führen, dass wir unsere Landstreitkräfte auf einen Stellungskrieg ausrichten. Wir müssen vielmehr die Frage beantworten, wie wir trotz starker Sperrmittel und einer nahezu lückenlosen Gefechtsfeldbeobachtung unsere eigene Operationsfreiheit bewahren könnten. Ansonsten laufen wir Gefahr, eine Stärke unseres Heeres, das freie Operieren, aufzugeben.

Folgerungen für die Umsetzung in Ausbildung und Übung im Heer

Ausbildung und Übung im Heer müssen sich an dem zu erwartenden Kriegsbild und der aktuellen Bedrohungslage ausrichten. Wir müssen von einer multidimensionalen Komplexität des Gefechtsfeldes ausgehen und zunächst eine mehrfache russische Ressourcenüberlegenheit annehmen. Eine Vorwegnahme „besserer Zeiten“ mit Vollausrüstung und neuen Waffensystemen können wir uns nicht mehr leisten. Vielmehr müssen wir auftrags- und bedrohungsgerecht die vorhandenen Kräfte und Mittel zusammenstellen. „Übe wie du kämpfst“ bedeutet auch, mit geringen personellen, materiellen und zeitlichen Ressourcen den Kampfauftrag zu erfüllen.

Mit dem Festhalten an einem anspruchsvollen Kriegsbild als Maßstab für die Ausbildung und Übung geht auch die Notwendigkeit einher, mit Fehlschlägen konstruktiv umzugehen. Niederlagen in Übungen eröffnen erst die Möglichkeit, Schlüsse zu ziehen, um tatsächlich besser zu werden. Wenn wir unsere Truppe fit für den heutigen Krieg machen wollen,

dann müssen wir lernen, Defizite durch Anpassungsfähigkeit und Innovationen zu verringern. Dazu gehört auch, dass die Fähigkeiten anderer Teilstreitkräfte oder des Unterstützungsbereiches wie Sanität oder Logistik zwingend Bestandteil unserer Übungen und Ausbildung auf allen Führungsebenen sind. Damit soll die Verantwortung, Fähigkeitslücken zu schließen, nicht einfach auf die unteren Führungsebenen abgeschoben werden. Jedoch hilft es genauso wenig, sich auf jahrelange Beschaffungsvorgänge verlassend, die Hände in den Schoß zu legen. Es wäre zudem illusorisch, anzunehmen, dass ein Truppenführer zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft frei von einem Mangel an Gerät, Personal oder Fähigkeiten sein kann. Dies gilt umso mehr in Kriegszeiten, in denen Friktionen und Ausfälle stets den Idealzustand verhindern.

Ziel der Ausbildung im Heer ist die Schaffung einer kriegstüchtigen Truppe. Denn auch wenn die Beschaffung neuer Systeme mitunter deutlich länger dauert als erhofft, entbindet uns dies nicht von unserer Pflicht, mit den vorhandenen Mitteln bestmöglich, gegebenenfalls heute Nacht, kämpfen zu können.

Dabei müssen wir uns auch auf unsere eigenen Stärken zurückbesinnen. Führen mit Auftrag, über alle Führungsebenen hinweg, auch im täglichen Dienst, muss wieder Leitprinzip für das Deutsche Heer werden. Doch auch die anderen Handlungsfelder der Inneren Führung sind unsere besondere Stärke: **Wir wissen, es lohnt sich für Frieden, Freiheit und Demokratie zu kämpfen.**

MEDIEN

Lagebild.media

Desinformation im Kampf um das geopolitische Vorfeld: Russland und China im Vergleich

Dr. Christian Hübenthal

Geopolitik sollte nicht nur in politisch-administrativen und klassisch-militärischen Machtdimensionen gedacht werden. Sowohl ein Abnutzungskrieg wie in der Ukraine als auch die Machtverschiebungen in Afrika und den BRICS-Staaten¹ haben insbesondere mit einem vorgelagerten Faktor zu tun: der Akzeptanz der Maßnahmen von Politik und Verwaltung beim eigenen Volk. In vielen Ländern ist die Politik aufgrund autokratischer Strukturen viel weniger auf Akzeptanz angewiesen als Regierungen in demokratischen Ländern. Dennoch benötigt jede Regierung eine gewisse Akzeptanz für ihr Handeln, selbst wenn diese sich nur auf eine Duldung beschränkt. Doch woher kommt diese Akzeptanz? Sie hat grundlegend mit der Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung zu tun.

In diesem Zusammenhang hat Desinformation, insbesondere mit der Entwicklung des Internets, eine erhebliche Rolle eingenommen und an Dynamik gewonnen.

Desinformationskanäle

Mit dem Fachmedium *Lagebild Sicherheit* beschäftigen wir uns seit dessen Start im Jahr 2021 systematisch mit der Aufklärung von Desinformationen und den Narrativen, die von feindlichen und konkurrierenden Systemen über Deutsch-

Reichweite. Diese Reichweiten übersteigen nicht selten selbst die der etablierten Medien. Allein die pro-russische Bloggerin Alina Lipp zählt über 187.000 Follower auf ihrem Telegram-Kanal.

Weitere Medien, aus denen wir das Desinformationsbild beziehen, sind u. a. die chinesische *Global Times*, *CGTN TV*, *Renmin Ribao*, aus Russland *RT-Deutsch und Ruptly*, *Sputnik News*, *Swesda TV*, die offizielle Website der russischen Botschaft, aber auch die aserbaidschanische Website *Azertag* oder die iranische *Tehran Times* und das *alQuds-Network*. Diese liefern wertvolle Informationen über die kommunikativen Anliegen der dahinterstehenden Staaten. Die meisten dieser Medien sprechen ihre Leser auf Englisch an. Damit steht ihnen eine große, weltweite Leserschaft offen.

Die Funktionsweise von Desinformation

Anders als häufig angenommen, sind Desinformationen keine reinen Lügen. Die oben genannten Webseiten transportieren überwiegend ganz normale Nachrichten und Meldungen; jedoch wird der Kontext oder ein kleiner Teil der Tatsachen verändert, der einer Richtigkeitsprüfung nicht standhält, wie sie für Tatsachenbehauptungen im Sinne des Artikel 5 Grundgesetz üblich wäre. Wird dies mit Meinungsbeiträgen kombiniert, welche ohnehin nicht in Wahr oder Unwahr zu kategorisieren sind, kann schnell ein Gesamtbild beim Leser hervorgerufen werden, welches sich erheblich von der Wirklichkeit unterscheidet.

Auf diese Art wird versucht:

1. Starke negative Emotionen wie Angst, Wut oder Verunsicherung hervorzurufen, was dazu führt, dass Menschen weniger kritisch denken und eher geneigt sind, falschen Informationen zu glauben.
2. Wahre Informationen mit falschen zu vermischen, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen. Dies erschwert es Rezipienten, Fakten von Fiktion zu unterscheiden.
3. Durch ständige Wiederholung falscher Informationen einen Gewöhnungseffekt zu erzeugen, der dazu führt, dass Menschen die Desinformation als wahr akzeptieren.



Quelle: Autor

3. Durch ständige Wiederholung falscher Informationen einen Gewöhnungseffekt zu erzeugen, der dazu führt, dass Menschen die Desinformation als wahr akzeptieren.

Einen Schritt weiter ging Russland im Jahr 2024 mit der sog. Doppelgänger-Kampagne. Hier dachten die Leser, auf einen Artikel des *Spiegels* oder der *Welt* zu klicken; in Wahrheit handelte es sich lediglich um einen digitalen Zwilling, welcher ausschließlich von russischen Akteuren befüllt wurde.

Die Narrative Russlands und Chinas im Vergleich

Interessant aus strategischer Sicht sind die sehr unterschiedlichen Narrative, die Russland und China in ihrer Kommunikation verfolgen. Beide zählen zu den größten Akteuren im Bereich der Desinformation, bezogen auf die BRICS-Staaten, Deutschland und Europa.

Russland

Russland setzt dabei auf eine historisch rückwärtsgewandte, revisionsorientierte Haltung. Immer wieder wird der Untergang der Sowjetunion als die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts dargestellt. Russische Medien propagieren daher konservative Ideale einer angeblich besseren Gesellschaft in der Vergangenheit: Der Mann ist stark, die Frau ist schön, die Familie funktioniert, und die Wertegemeinschaft ist intakt. Materielle



Quelle: Autor

land, Europa, die NATO und allgemein „den Westen“ verbreitet werden. Insbesondere monitoren und analysieren wir hierzu staatlich gelenkte ausländische Medien, welche oft erhebliche Reichweiten erzielen. Darüber hinaus lesen wir auch die entsprechenden Telegram-Kanäle mit zahlreichen Followern oder vergleichbare Blogs mit entsprechender

Werte stehen im Hintergrund. Da der Lebensstandard im Westen offensichtlich höher ist, werden materielle Werte häufig als dekadent dargestellt. Der Weg zu antisemitisch-anti-amerikanischen Narrativen ist dabei sehr kurz. Ein zentrales Narrativ russischer Medien könnte man in einem Satz zusammenfassen: „Wenn du die Welt verstehen willst, sieh dir die Macht der (amerikanischen) Banken an!“ Unterstrichen werden derartige Subtext-Aussagen russischer Nachrichten regelmäßig durch Schaubilder und Grafiken. Genau hier verschwimmen dann regelmäßig wahre und unwahre Tatsachenbehauptungen. So werden Beteiligungsgesellschaften möglicherweise richtig dargestellt, nicht jedoch wirtschaftliche und rechtliche Trennungen der Entitäten. Auch rechtliche Begrenzungen werden schlicht außer Acht gelassen.

aufzuzwingen. Hieraus lässt sich ableiten, dass Russland eine Akzeptanz für das methodische Vorgehen aus der Sowjetunion schaffen will, welches sich in der Ukraine Realität bricht. Der Kampf gegen Banken, Korruption und den dekadenten Westen erfordert nach russischem Leitbild schlicht und ergreifend Gewalt als Gegeninstrument.

China

China hingegen verfolgt einen gegenteiligen Ansatz. Chinesische Webseiten konzentrieren sich auf größere geopolitische Zusammenhänge. China versucht derzeit intensiv, durch die Förderung einer neuen Weltordnung Zustimmung in anderen Ländern zu gewinnen. Dabei setzt China im Gegensatz zu Russland kommunikativ auf Berichte über seinen Aufbau einer *Soft Power*. Hierbei wird die Gegensei-

Beijing, Frieden und Sicherheit, chinesischer Rap und Elektroautos von BYD gewinnen auf diesem Wege international Bekanntheit und Beliebtheit – und chinesische Interessen Akzeptanz.

So berichten chinesische Webseiten auch nur wenig über den für uns präsenten Konflikt mit Taiwan, sehr wohl aber viel über klassische Themen der internationalen Gemeinschaft: Klimaschutz, Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Sicherheit, Fortschritt und Frieden – Aspekte, die sich der Westen traditionell auf die Fahnen geschrieben hat. Konkret veröffentlichte die chinesische *Global Times* zum Beispiel während der Coronakrise statistische Daten über den sozialen Status der Corona-Toten im weltweiten Vergleich. Es mag nicht überraschen, dass häufig untere Einkommensklassen in den USA aufgrund einer schlechteren Gesundheitsversorgung dem Coronavirus erlagen. In China wurde dagegen das gegenteilige Narrativ bedient: Hier gäbe es keinerlei Unterschiede zwischen den Toten, was den sozialen Status anbelangt.

Ebenso berichten chinesische Medien umfassend über Umwelt und Forschungsprojekte sowie Entwicklungshilfe, mit denen China als Staat alleine klassische Aufgaben der Vereinten Nationen für sich reklamiert. Das dahinterliegende Ziel scheint daher, die bisher vom Westen dominierten Institutionen zu deklassieren und das politische System Chinas als Garant für eine friedliche, gerechtere und nachhaltige Welt zu etablieren.

Ausbildung und technologischer Fortschritt sind zwei der Narrative, welche China fortlaufend in seinen Berichterstattungen bedient.

Gemeinsam ist diesen Desinformationen, trotz unterschiedlicher Wege, jedoch das Ziel: die Demontage der westlichen Werte und deren Institutionen. Während Russland jedoch versucht, sich im geopolitischen Vorfeld den Einsatz von *Hard Power* zu legitimieren, setzt China auf wirtschaftliche, technologische und ethische Attraktivität.



Quelle: picture alliance / dpa - Klaus-Dietmar Gabbert

Wegen der angeblichen Vergewaltigung des Mädchens gingen Menschen im Januar 2016 auf die Straße und protestierten vor dem Kanzleramt in Berlin. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise behauptete eine 13-jährige aus einer deutsch-russischen Familie, dass sie von Migranten vergewaltigt worden sei. Die Geschichte war erfunden.

Gleichzeitig werden beispielsweise Folgen russischer Cyberangriffe auf westliche Einrichtungen nicht so benannt. Der daraus folgende Ausfall von Institutionen wird stattdessen als Beweis dafür dargestellt, dass der Westen hinter einer glänzenden Kulisse nicht viel zu bieten habe. Der Westen schreibe lediglich sein eigenes Versagen stets russischen Angriffen zu. Auf diesem Weg versucht Russland, sich ein Level-Playing-Field in der öffentlichen Wahrnehmung zu verschaffen. Russland verknüpft dabei seine eigenen Narrative sehr stark mit dem politischen Konzept der *Hard Power*. *Hard Power* beschreibt die Möglichkeit, einem Gegner seinen Willen mittels militärischer Kraft und wirtschaftlicher Stärke schlicht

te durch die Attraktivität der eigenen Systemleistung dazu gebracht, freiwillig dem eigenen Willen zu folgen. In der Vergangenheit waren die USA vermutlich führend auf diesem Feld: unbegrenzte Freiheit, Glück, New York, Coca-Cola, Top Gun und Harley-Davidson waren in vielen Teilen der Welt ausreichend, um Attraktivität zu generieren. Europa mag es unrealistisch erscheinen, dass China den USA hier den Rang ablufen könnte. Bedenkt man jedoch, dass China seine Desinformation weit in die BRICS-Staaten und Afrika hinein verbreitet – viele dieser Länder haben unter einer kolonialen Vergangenheit gelitten – so erscheint Chinas Bemühung nicht mehr so fernliegend.

Autor:

Dr. iur. Christian Hübenthal ist Doktor der Rechtswissenschaften und hat einen Masterabschluss in Internationalen Beziehungen und Wirtschaft. Er ist Gründer und Herausgeber des wöchentlichen Fachmediums Lagebild Sicherheit.

AUS DEM HEER

Die „Zeitenwende“ in der Munitionsversorgung der Streitkräfte

Oberstleutnant André Buthmann

Das Ende des Kalten Krieges in Europa, die deutsche Wiedervereinigung sowie die Entspannung der sicherheitspolitischen Situation in den 1990er-Jahren führte auch zu einem nachhaltigen Wandel der Logistik der Bundeswehr. Das zu diesem Zeitpunkt strukturell ausgebrachte militärisch-logistische Portfolio wurde materiell und personell reduziert; logistische Teilprozesse wurden aus Kostengründen ausgelagert. Die Anzahl der aktiven Munitionsdepots und -lagereinrichtungen wurde deutlich reduziert.

Die im Kalten Krieg notwendige *Bevorratungslogistik* mit ihren hohen Vorhalbeständen an Munition aller Art wurde zu einer reinen *Bereitstellungslogistik* mit überwiegendem Fokus auf wirtschaftliche Gesichtspunkte umgebaut – also von „*just in case*“ zu „*just in time*“. Parallel führte dieser Paradigmenwechsel zu einer Anpassung der Produktionskapazitäten der deutschen sowie europäischen Rüstungsindustrie an den nun deutlich reduzierten Bedarf der Streitkräfte.

Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Der russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 änderte dies schlagartig. Nach dem gescheiterten Versuch der russischen Streitkräfte, eine schnelle Entscheidung auf dem Gefechtsfeld zu erzwingen, hat sich der Konflikt zu einem Abnutzungskrieg auf beiden Seiten entwickelt, welcher gewaltige Ressourcen verschlingt. Ebenfalls wird deutlich, dass bei den Kämpfen enorme Mengen an Munition – vor allem Artilleriemunition – zum Einsatz gebracht werden, die sich durchaus mit dem Verbrauch an Artilleriemunition in den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges vergleichen lassen.

Diese tiefgreifende Veränderung der sicherheitspolitischen Lage zwang auch die Bundeswehr zu einer schnellen Refokussierung der Streitkräfte auf die

Landes- und Bündnisverteidigung. Zur Sicherstellung der eigenen Durchhaltefähigkeit in einem potenziellen militärischen Konfliktfall ist damit auch die zwingende Notwendigkeit verbunden, die hierfür erforderlichen Ressourcen wiederaufzubauen und einsatzbereit vorzuhalten.

Somit ist die von Bundeskanzler Olaf Scholz 2022 anlässlich des russischen Überfalls auf die Ukraine ausgerufenen „Zeitenwende“ nicht nur ein politisches und militärstrategisches Sonntagszitat. Es folgen hieraus ganz konkrete Ableitungen. Für den Bereich der Munitionsversorgung der Bundeswehr bedeutet sie eine völlige Umkehr: Produktion und Lieferung müssen angekurbelt und größere Lagerbestände vorgehalten werden. Schon jetzt sind die ersten Resultate dieser „Zeitenwende“ sichtbar.

Kapazitätserweiterung der Rüstungsindustrie und Bundeswehrlogistik

Die Firma Rheinmetall AG, der größte deutsche Rüstungskonzern und Hersteller von Munition, hat seit Dezember 2022 die Produktionskapazitäten für Rüstungsgüter aller Art deutlich erweitert. Allein in der Produktionsstätte des

Konzerns in Unterlüß in Niedersachsen sollen bereits ab 2025 bis zu 200.000 zusätzliche Artilleriegeschosse je Kalenderjahr hergestellt werden können.

Seit dem Abschluss der Entwicklung der sogenannten Assegai - Munitionsfamilie im Kaliber 155 Millimeter durch die Rheinmetall AG steht der Bundeswehr nun wieder eine Artilleriemunition zur Verfügung, die aus allen nach dem NATO-Standardisierungsübereinkommen (STANAG) hergestellten Geschützen des gleichen Kalibers verschossen werden kann. Sie deckt ein breites Einsatzspektrum ab und kann von allen Partnernationen verschossen werden, die dasselbe Kaliber nutzen. Die Bezeichnung „Assegai“ für die Munitionsfamilie leitet sich vom Namen eines Wurfspeers der Ethnien im südlichen Afrika ab.

Im Juni 2024 hat die Bundeswehr mit dem Abschluss eines Rahmenvertrages zusätzliche Artilleriemunition im Kaliber 155 Millimeter bis zu einem Gesamtwert von 8,5 Milliarden Euro bestellt. Damit gehen viele Begleitprozesse bei der Bundeswehr einher. So werden etwa gleichzeitig zusätzlich erforderliche Bevorratungs- und Lagerkapazitäten geschaffen. Die ersten zwei Munitionslagereinrichtungen in Lorup und Altheim



Präsentation der Assegai - Munitionsfamilie im Kaliber 155mm durch Rheinmetall Denel Munition auf einer Rüstungsmesse in Südafrika.

aus den Zeiten des Kalten Kriegs wurden durch die Bundeswehr bereits wieder in Betrieb genommen, weitere sollen in Kürze folgen.

Parallel werden auch die notwendigen Transportkapazitäten wiederaufgebaut, um die bedarfs- und zeitgerechte Versorgung der Truppe sicherzustellen. Gleichzeitig soll die dafür genutzte Transportfahrzeugflotte so umstrukturiert werden, dass die Fahrzeugtypen vereinheitlicht und die Vielzahl an Modellen verringert werden kann. Dadurch können die Instandhaltungsprozesse vereinfacht werden, was wiederum die logistische Versorgung stärkt, weil eine höhere Zahl an Systemen auf dem Gefechtsfeld verfügbar ist.

Stärkung der Artillerietruppe als Träger des Feuerkampfes

Der Krieg in der Ukraine hat die Rolle der Artillerie, als wesentlichen Träger des Feuerkampfes bei einem überwiegend symmetrisch geführten Konflikt, nochmals nachhaltig verdeutlicht. Trotz des Einsatzes moderner Luftkriegsmittel und der verstärkten Nutzung von Drohnen als Kampfmittel sind schätzungsweise etwa 60 bis 70 Prozent aller Ausfälle an Material und/ oder Personal bei beiden Konfliktparteien auf den Einsatz der Artillerie zurückzuführen.

Dies gilt umso mehr, da andere konventionelle bodengebundene Waffensysteme, wie zum Beispiel Kampf- und

Schützenpanzer, bisher ihre Schlagkraft im sogenannten „Gefecht der verbundenen Waffen“ nicht vollumfänglich zur Wirkung bringen können. Grund dafür ist die größere Bedrohung aus der Luft sowie der Einsatz deutlich leistungsgesteigerter tragbarer Panzerabwehrsysteme in Verbindung mit riesigen, tiefgestaffelten Sperrgürteln.

Auch wenn die Artillerie erst im Systemverbund von Führung, Aufklärung, Wirkung und Unterstützung (FAWU) richtig zur Geltung gelangt, kommt den jeweiligen Effektoren sowie deren bedarfsgerechter logistischer Versorgung eine besondere Bedeutung zuteil.

Die gegenwärtigen Hauptwaffensysteme der Artillerietruppe der Bundeswehr



Foto: Bundeswehr / Marco Dorow

Die Panzerhaubitze 2000 ist das Hauptwaffensystem der Brigadeartillerie und kann Ziele in einer Entfernung von bis zu 40 Kilometern bekämpfen.



Foto: Bundeswehr / Mario Bähr

Der Raketenwerfer MARS II bekämpft Ziele in einer Entfernung von bis zu 84 Kilometern.



Foto: Bundeswehr / Marco Dorow

Die Panzerhaubitze 2000 ist in der Lage, ein breites Spektrum an Wirkmitteln, wie beispielsweise Nebel-, Spreng- oder Präzisions-Granaten in kurzer Zeit zum Einsatz zu bringen.

sind die Panzerhaubitze 2000 (PzH 2000) sowie der Raketenwerfer MARS II.

Die Möglichkeit der Artillerie, je nach Bedrohungslage eine Vielzahl von Wirkmitteln über eine große Entfernung zum Einsatz zu bringen, manifestiert ihre Schlüsselrolle als Träger des Feuerkampfes im „Gefecht der verbundenen Waffen“.

Ziel der Logistik ist es hierbei, den hohen Munitionsverbrauch der Artillerie in einem Gefecht hoher Intensität bedarfsgerecht zu decken, um so die Durchhaltefähigkeit der taktischen Feuerunterstützung zu gewährleisten.

Die 10. Panzerdivision als Spiegelbild der „Zeitenwende“

Die 10. Panzerdivision stellt ab dem 1. Januar 2025 das überwiegende Kräfte-dispositiv der zukünftigen Division 2025, die der NATO als Speerspitze zur Verteidigung der Ostflanke des Bündnisses zur

Verfügung stehen wird. Zur Umsetzung der seitens der NATO gestellten Anforderungen muss die Division in weiten Teilen bereits aus der Grundstruktur heraus „kaltstartfähig“, also „kriegstüchtig“ sein. Zur Erreichung dieses Ziels durchläuft die 10. Panzerdivision einen bereits am 1. April 2023 begonnenen Transformationsprozess.

Durch die konsequente Ausrichtung der Strukturen der Division 2025 auf die Landes- und Bündnisverteidigung wurden die Divisionstruppen nachhaltig verstärkt, indem neu geschaffene oder bereits bestehende Kampf-, Einsatz- und Führungsunterstützungselemente in Bataillonsstärke der Division direkt unterstellt wurden.

Den Erfahrungen des Krieges in der Ukraine folgend wurden die zukünftigen Brigaden der Division 2025 jeweils mit einem eigenen Artillerieverband ausgestattet. Dazu wurde unter anderem das Panzerartilleriebataillon 375 in Weiden neu aufgestellt und der Panzergrenadierbrigade 37 „Freistaat Sachsen“ in Frankenberg/ Sachsen unterstellt. Dieses Bataillon soll von Grund auf neu ausgerüstet werden.

Parallel dazu wurde und wird die Infrastruktur an den jeweiligen Heimatstandorten der Truppenteile der 10. Panzerdivision als Division 2025 nachhaltig ertüchtigt sowie an die zukünftigen Herausforderungen angepasst. Die logistische Ebene 1 aller Verbände wurde entscheidend verstärkt, um so den Anforderungen zur Aufnahme und zum Trans-

port der sogenannten Truppenbeladung, also auch von Munition, gewachsen zu sein. Ferner wurden die Strukturen der logistischen Ebene 2, also dem Bereich der Folgeversorgung, an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst. Dies schließt alle Prozesse zur Bevorratung, Handhabung und dem Transport von Munition mit ein, um so eine den operationellen Anforderungen entsprechende, bedarfs- und zeitgerechte Munitionsversorgung der Truppe durchhaltefähig gewährleisten zu können.

Zudem wird aufgrund der Einbindung multinationaler Verbände in die 10. Panzerdivision eine verstärkte internationale Zusammenarbeit in punkto Munitionsversorgung sowie im gesamten Bereich der Logistik immer wichtiger. So muss beispielsweise die neu unterstellte niederländische 13. Lichte Brigade auf Divisionsebene mitversorgt werden. Diese nutzt zwar weitgehend Systeme und Fahrzeuge aus deutscher Rüstungsproduktion, stützt sich bislang aber ausschließlich auf das niederländische nationale Logistiksystem ab.

Zusammenfassung und Ausblick

Bei der Munitionsversorgung sowie der Schaffung der hierzu erforderlichen logistischen, konzeptionellen, materiellen und personellen Voraussetzungen steht die Bundeswehr noch vor großen Herausforderungen. Das bedeutet auch für die 10. Panzerdivision eine gewaltige Kraftanstrengung, um die eng gesteckten Zeitlinien zu halten und schnellst-

möglich wieder zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt zu sein. Als NATO-Speerspitze muss die 10. Panzerdivision aus sich selbst heraus und ohne größere Personal- und Materialverschiebungen ins Gefechts ziehen können.

Nur durch das enge, zielgerichtete Zusammenwirken von Politik, Industrie und Streitkräften kann das erklärte Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ und der Umbau der 10. Panzerdivision zur Division 2025 zeitgerecht erreicht werden.

Dazu sind alle logistischen Prozesse fortlaufend zu optimieren sowie durchhaltefähig und robust zu gestalten. Dabei müssen die Chancen, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung der Truppe ergeben, konsequent genutzt werden. Betrachtet man die Szenarien in den jüngsten militärischen Konflikten, so zeigt sich, dass die Planungs- und Beschaffungszyklen deutlich verkürzt werden müssen, will man gegenüber einem gleichwertig befähigten militärischen Gegner bestehen können. Angesichts immer schneller verlaufender Innovationszyklen bei der Entwicklung militärischer Systeme und entsprechender Wirkmittel gilt dies in besonderem Maße.

Autor:

Oberstleutnant André Buthmann ist Angehöriger der G4-Abteilung Dezernat Materialbewirtschaftung der 10. Panzerdivision in Veitshöchheim.

AUS DEM FKH

Jahresprogramm 2025

17. – 21. Feb. 2025	IDEX, Abu Dhabi	25. Juni 2025 *	Berlin-Empfang mit 30 Jahre FKH-Jubiläum, Berlin
24. – 25. Feb. 2025	Enforce Tac, Nürnberg	10. Juli 2025	Info-Lunch, anschl. Präsidiumssitzung, Berlin
12. März 2025	Round-Table Gespräch mit Betriebsräten der wehrtechnischen Industrie, Berlin	16. – 17. Juli 2025	AUSA LANDEURO 2025, Wiesbaden
9. Apr. 2025	Parlamentarischer Abend, Berlin	9. – 12. Sept. 2025	DSEI, London
29. – 30. Apr. 2025 *	Frühjahrs-Symposium mit dem Institut Saint-Louis, Dreiländereck / Saint-Louis	30. Sept. – 1. Okt. 2025*	Symposium mit dem AHEntwg, Köln
15. Mai 2025	Info-Lunch, anschl. Präsidiumssitzung, Berlin	13. – 15. Okt. 2025	AUSA Annual Meeting 2025 mit FKH-Empfang am 14. Oktober 2025, Washington, D.C., USA
17. Mai 2025	Ball des Heeres, Berlin	11. – 12. Nov. 2025 *	Herbst-Symposium mit Rohde & Schwarz, München
15. Juni 2025	Nationaler Veteranentag, tbc	1. Dez. 2025 *	Kurzsymposium 2025 mit Jahresabschlussempfang, tbc
25. Juni 2025 *	Mitgliederversammlung 2025, Berlin		

* = Einladungen an alle Mitglieder

Stand: 7. Februar 2025